EINBLICKE

CDU-FRAKTION IM STADTRAT DRESDEN
WWW.DRESDEN-CDU.DE

Bericht der Rechnungsprüfer für 2020 liegt vor

Die Verwaltung muss endlich ihre Hausaufgaben machen!

VON PETER KRÜGER,
CDU-FRAKTIONSVORSITZENDER

Die Rechnungsprüfer haben den städtischen Jahresabschluss 2020 geprüft und ihren Bericht veröffentlicht. Ergebnis: Dresden hat ein „geordnetes Finanzwesen", aber auch einen „Schattenhaushalt" und wiederkehrende Probleme.

Wir sind weiterhin schuldenfrei, das ist eine gute Nachricht. Damit haben wir eine hohe Investitionsfähigkeit. Die schlechte Nachricht ist, dass aus den verschiedensten Gründen Geld ungenügend und viel zu langsam abfließt. Damit liegt eine riesige Summe (2020 über 400 Mio. Euro) ungenutzt da, wofür wir teilweise schon Verwahrentgelte zahlen müssen.

Die Wirtschaftsprüfer sprechen auch von einer „nicht gesetzeskonformen Veranschlagung von Investitionen" und von einem Schattenhaushalt. Im Detail ist das für uns ehrenamtliche Politiker sehr schwer nachzuvollziehen. Auf jeden Fall ist es ein schwerer Vorwurf, den es aufzuklären gilt. Inhaltlich bedeutet das: Auf dem Bau wird beispielsweise mit Schätzungen in einem viel zu frühen Stadium gearbeitet. Das hat dann Nachträge zur Folge.

Die Stadtplanung stellt sich hier wieder als Flaschenhals der Entwicklung in Dresden dar, darauf haben wir schon oft hingewiesen. Das schlägt sich am Ende natürlich auch in den Finanzen nieder. Lange Planungsphasen bedeuten am Ende auch Verteuerungen, das sehen wir jetzt gerade bei den explodierenden Kosten für Baumaterial. Hinzu kommt noch die Inflation. All das führt zu höheren Belastungen des Haushaltes. Planungen müssen unbedingt deutlich beschleunigt werden.

Für den neuen Doppelhaushalt 2023/24 müssen wir immer prüfen, ob Projekte die nötige Planungstiefe haben. Wenn nicht, sind sie zugunsten anderer ausgereifter Vorhaben erst mal zurückzustellen. Das betrifft vor allem die Verkehrsinfrastruktur: Straßen, Brücken, Geh- und Radwege. Dort haben wir oftmals erheblichen Mehrbedarf, und dieses Geld muss irgendwo herkommen. Auf jeden Fall muss die Verwaltung endlich ihre Hausaufgaben machen, und darauf müssen wir Finanzpolitiker künftig noch genauer achten.

Vorlage Nr. V1426/22

Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses 2020

Ausschuss für Finanzen am 4. April 2022
Vorstellung des Schlussberichtes 2020 durch den Amtsleiter des Rechnungsprüfungsamtes, Herbert Gehring

Es gilt das gesprochene Wort!

Dresden.

Landeshauptstadt Dresden
Schlussbericht 2020

Teil 1: Prüfung des Jahresabschlusses
Teil 2: Tätigkeitsbericht des Rechnungsprüfungsamtes

Quelle: Stadt Dresden/Amt für Rechnungsprüfung

Last but not least monieren die Finanzprüfer auch die Qualität der Vorlagen. Die verschiedenen Geschäftsbereiche wollen sich so früh wie möglich Gelder sichern, und deshalb fehlt den Projekten oftmals die nötige Planungstiefe. Es ist dann wie eine Black Box, wie viel es am Ende wirklich kostet. Wir als Stadträte sehen es erst, wenn nachfinanziert werden muss. Vorlagen dürfen erst dann rausgehen, sobald die gebotene Planungsreife da ist, wenn wir genau wissen, wie viel Geld wir wirklich veranschlagen müssen. Wir haben also einiges an Aufgaben zu lösen!

Peter Krüger,
CDU-Fraktionsvorsitzender
peter.krueger@stadtrat.dresden.de

Es kommt auf Taten an, nicht auf Worthülsen!

Keine Mehrheit im Stadtrat fürs Gendern

VON HEIKE AHNERT,
KULTURPOLITIKERIN
CDU-FRAKTION

Vorstandsmitglieder*innen oder Lehrstuhlinhabende? Für die übergroße Mehrheit der Deutschen sind so etwas Kunstworte. Seit dem letzten Jahr gab es mehrere repräsentative Umfragen und Studien (darunter von infratest/dimap), nach denen mindestens zwei Drittel der Bundesbürger das Gendern ablehnen.

Im Stadtrat hatten wir einen Ergänzungsantrag eingebracht, in dem wir den Oberbürgermeister aufforderten, das Genderwirrwarr mit Sternchen, Unterstrich, Doppelpunkt oder Binnen-I in offiziellen Schreiben zu beenden und sich an den Empfehlungen des Rechtschreibrates zu orientieren.

Gendersprache ist weder gerecht noch sensibel, Frauen werden dadurch zu einem Anhängsel, einem Schluckauf. Das Gendern legt den Fokus auf Sekundäreigenschaften, wo eigentlich etwas anderes im Mittelpunkt stehen sollte. Gleichberechtigung fördert es jedenfalls nicht. Es kommt darauf an, was wir tun. Nicht, welche Worthülsen wir verwenden.

Die Stadtverwaltung muss alle Menschen ansprechen: Frauen, Männer, divers, Transsexuelle ... aber eben auch Menschen mit eingeschränkter Sprachkompetenz. Barrierefreiheit betrifft auch die Sprache. Inklusion ist uns allen wichtig, genau deswegen

Quelle: www.imago-images.de/Arnulf Hettrich

sollte die Stadtverwaltung auf Gendersprache verzichten.

Das Ergebnis der Ratsabstimmung: 31:31, das Gendern hat also trotz Rot-Rot-Grün keine Mehrheit gefunden.

Heike Ahnert,
Kulturpolitikerin der CDU-Fraktion
heike.ahnert@stadtrat.dresden.de

Verstärkerverbot für Straßenkünstler wäre konsequent

Rathaus-Vorlage geht in die richtige Richtung

VON MARIO SCHMIDT,
SPRECHER FÜR STADTENTWICKLUNG
CDU-FRAKTION

Mehrere Bewohner aus der Innenstadt hatten im Frühjahr 2021 eine Petition initiiert. Stein des Anstoßes: Straßenmusiker, die dort zu lange, zu laut und zu eintönig musizieren. Die Petenten wünschten sich zum einen ein Verbot von Lautsprecheranlagen und zum anderen die Einhaltung der Mittagsruhe.

Im September 2021 beauftragte dann der Petitionsausschuss das Rathaus mit der Überarbeitung der Satzung Straßenkunst. Doch erst nach einem Antrag unserer Fraktion im Stadtrat auf Grund zunehmender Beschwerden hat die Verwaltung nun endlich selbst einen Vorschlag für eine überarbeitete Satzung vorgelegt.

Über das Verstärkerverbot wurde lange diskutiert, nun wird es endlich umgesetzt. Es ist konsequent, da eine Lautstärkeregelung nicht durchsetzbar wäre. Auch die Änderung der Spielzeiten ist richtig, insbesondere die feste Mittagsruhe und die Begrenzung auf 20 Uhr am Abend.

Quelle: tag24.de / Matthias Rietzschel

Die überarbeitete Satzung könnte damit rechtzeitig am 1.6.2022 in Kraft treten. In der Sommersaison zieht es traditionell viele Straßenkünstler nach Dresden, daher hatten wir schon bei Erarbeitung unseres Antrages auf den Zeitdruck hingewiesen. Wir hoffen, dass mit der Überarbeitung die zuständigen Ordnungsbehörden die Einhaltung der Satzung jetzt auch konsequenter durchsetzen können.

Mario Schmidt
Sprecher für Stadtentwicklung
der CDU-Fraktion
mario.schmidt@stadtrat.dresden.de

Quelle: radiodresden.de

Wer soll das umsetzen und bezahlen?

Grünen-Antrag zu krisenfester Mobilität ist ein Eigentor!

VON VEIT BÖHM,
VERKEHRSPOLITISCHER SPRECHER
CDU-FRAKTION

Mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket will die Grünen-Fraktion im Stadtrat nach eigener Auffassung „krisenfeste Mobilität“ sichern. Die Pläne reichen von Pop-Up Radwegen und dem Vorziehen einzelner Projekte aus dem Radverkehrskonzept über mehr Stellplätze für Lastenräder und Busspuren bis hin zur Verlängerung des 9-Euro-Tickets.

Diese Pläne sind ein bunter Strauß von Maßnahmen aus der grünen Mottenkiste: unausgegoren und planlos.

Die zuständigen Bürgermeister haben seit vielen Jahren ein grünes Parteibuch. Sie hätte dem Radverkehrskonzept eine deutliche höhere Priorität einräumen können und müssen. Dieses muss zügig umgesetzt werden. Aber immer wieder mit Sonderforderungen um die Ecke zu kommen, zeugt von sehr wenig seriösem Handeln.

Darüber hinaus ist den Grünen mit dem Verlust ihrer Finanzexperten offensichtlich auch ihre finanzpolitische Seriosität verloren gegangen. Wie die Fraktion ihre Vorstellungen bezahlen will, verschweigt sie uns. Der Antrag enthält keine Deckungsquelle.

Den ÖPNV attraktiver zu machen, ist eine sehr gute Idee. Unser Vorschlag dazu war das 365€-Ticket, das aber bislang nicht finanzierbar ist. Das hat man uns von rot-rot-grüner Seite auch unverblümt vorgehalten. Die Fortführung des von der Bundesregierung geplanten 9-Euro-Tickets würde allein in Dresden Kosten von 7 Millionen Euro pro Monat verursachen. Wenn die grünen Pläne umgesetzt werden sollten, bedeutet das entweder eine weitere Neuverschuldung, oder alle Dresdner müssten diese bezahlen, vor allem die Autofahrer durch höhere Parkgebühren und eine langsamere Reisegeschwindigkeit.

Der einzig sinnvolle Teil ist die stärkere Unterstützung für Pendler, doch ein wirkliches Konzept enthält der Vorstoß nicht. Dieser Antrag ist ein Eigentor für die Grünen und ein Angriff auf die Autofahrer: finanziell nicht abschätzbare Maßnahmen, rechtlich nicht wasserdicht und ein wildes Agieren.

Veit Böhm,
Bau- und Verkehrspolitiker CDU-Fraktion
veit.boehm@stadtrat.dresden.de

Am “Assi-Eck” muss endlich was passieren!

Ein Alkoholverbot kann zur Lösung beitragen

VON HANS-JOACHIM BRAUNS, ORDNUNGSPOLITISCHER SPRECHER CDU-FRAKTION

Nirgendwo in Dresden liegen Licht und Schatten so nah beieinander wie am „Assi-Eck“ in der Neustadt: Es gibt tolle Spätshops, Kneipen und ein aktives Nachtleben. Die Kehrseite der Medaille: Vor allem in den Sommermonaten halten sich viele, z. T. stark alkoholisierte Menschen hier auf (im letzten Jahr bis zu 1400 an einem Abend). Der Straßenbahnverkehr wird blockiert, außerdem liegen kaputte Flaschen herum, die Anwohner beschweren sich über unzumutbaren Lärm.

Nach langen Diskussionen und Abwägungen kommt jetzt Bewegung in die Sache: Das Rathaus hat per Polizeiverordnung ein Alkoholverbot für den Bereich auf den Weg gebracht. Das umfasst sowohl den zeitlich befristeten Verkauf in den umliegenden Straßen als auch den Konsum direkt an der Kreuzung.

Alle nötigen Maßnahmen müssen getroffen werden, damit sich die Situation hier entspannt. Dazu gehört auch ein Alkoholverbot. Es muss endlich gehandelt werden, bevor in diesem Sommer die gleichen Probleme wieder auftreten.

Sollten sich die Probleme jetzt Richtung Alaunplatz oder an andere Orte verlagern, müssen wir auch da handeln. Das gilt es jetzt im Blick zu behalten.

Dr. Hans-Joachim Brauns,
ordnungspolitischer Sprecher CDU-Fraktion
hans-joachim-brauns@stadtrat.dresden.de

Wir müssen das Potential besser nutzen!

Öffnungszeiten der Jugendhäuser an tatsächlichen Bedarf anpassen

VON MATTHIAS DIETZE, BILDUNGSPOLITISCHER SPRECHER CDU-FRAKTION

Der Club „Eule“ in Johannstadt hat dienstags bis 20 Uhr offen. Ansonsten gehen dort die Türen in der Woche 18 Uhr zu, am Wochenende macht das Jugendhaus gar nicht erst auf. Bei den meisten anderen Einrichtungen in Dresden sieht es nicht viel anders aus. Das wollen wir per Stadtratsbeschluss ändern.

Die Öffnungszeiten von Jugendtreffs sollen zu 30% auch abends und am Wochenende liegen. Bei Kinder- und Jugendhäusern sollen es 20% sein. Während ihrer Kontaktzeiten sollen die Fachkräfte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit schnell und allgemein zugängliche pädagogische Angebote erhalten.

Wir wollen die Arbeit der Jugendhäuser besser an die Lebenswelt der Jugendlichen anpassen und gleichzeitig das Potenzial der Häuser besser nutzen. In meiner Jugend waren Kinder- und Jugendhäuser lebendige Orte mit vielfältigen Aktivitäten, die auch junge Erwachsene mit eingeschlossen haben. Inzwischen liegt der Fokus auf der sozialpädagogischen Betreuung und Aktivitäten für Jüngere.

Damit der Besuch für Jugendliche wieder interessant wird, müssen die Öffnungszeiten deutlich stärker an deren Tagesgestaltung angepasst werden.

Matthias Dietze
bildungspolitischer Sprecher CDU-Fraktion
matthias.dietze@stadtrat.dresden.de

Herausgeber: CDU-Fraktion im Stadtrat Dresden | Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden | tel. 0351-4882257, fax 0351-4882972 | www.dresden-cdu.de | cdu-fraktion@dresden.de
Redaktion (V.S.d.P.): Peter Krüger, Fraktionsvorsitzender | Andreas Rönsch, Geschäftsführer | Raik Bartnik, Fraktionsreferent

Diese Veröffentlichung liegt als Sonderdruck im Rathaus und in den Verwaltungsstellen aus, sie ist ein Teil der Öffentlichkeitsarbeit der CDU-Fraktion Dresden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Sie darf nicht zur Wahlwerbung verwendet werden. Parteien können sie jedoch zur Unterrichtung ihrer Mitglieder verwenden.